

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Produktivität und Versorgung auf den Agrarmärkten der EWG

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) :  
Produktivität und Versorgung auf den Agrarmärkten der EWG, Wirtschaftsdienst, ISSN  
0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 1, pp. 11-14

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133181>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

halb jetzt die Aufgabe gestellt, den Vertrieb zu rationalisieren. Ansätze dafür gibt es bereits in den gemeinschaftlichen Absatzkontoren, die den Verkauf von Hopfen, Kartoffeln, Milch, Eiern, Rindern und Schweinen — zwei Fünftel der gesamten heimischen Agrarproduktion — regulieren, nötigenfalls Überschüsse auffangen, Garantiesprüche errechnen und sich zum Teil auch im Ein- und Ausfuhrhandel betätigen. Wenn England der Wirtschaftsgemeinschaft beitrifft, werden sich ihre Funktionen auf alle Fälle ändern.

#### **Abstimmung der Agrarpolitik mit der EWG**

Bevor hier eine Entscheidung auf lange Sicht fällt, muß aber die britische Agrarpolitik mit der EWG abgestimmt werden.

Grundsätzlich verfolgt England die gleichen Ziele wie die großen kontinentalen Länder: eine organisch gesunde und wirtschaftlich leistungsfähige Landwirtschaft, dabei aber vernünftige Konsumentenpreise, Entwicklung der heimischen Agrarproduktion, soweit ökonomisch gerechtfertigt, und Schutz des

heimischen Erzeugers, falls ein solcher kommerziell nötig und sozial und fiskalisch tragbar ist.

Die Beziehungen zum Commonwealth stellen eine Komplikation dar, die mit den aus bilateralen Import-Export-Relationen der Bundesrepublik erwachsenden Sonderinteressen manches gemein hat, aber keineswegs unüberwindlich ist.

In der Methodik unterscheidet sich die britische Agrarpolitik mit ihren garantierten Preisen, Zuschußzahlungen, Absatzkontoren und Commonwealth-Bindungen dagegen von derjenigen kontinentaler Länder gewaltig; und hier könnten so große Schwierigkeiten erwachsen, daß man sich von vornherein auf eine lange Übergangszeit einrichten und zunächst auf das Grundsätzliche konzentrieren sollte. Wenn erst einmal Einverständnis über die entscheidenden Fragen des wünschenswerten Preisniveaus, des notwendigen Maßes von Lebensmittelbezügen aus Übersee und der Finanzierung des Absatzes der Überschubproduktion von Mitgliedstaaten besteht, könnten die zweckmäßigsten Methoden von den Experten bald erarbeitet werden.

Als größter Importeur von Agrarprodukten in der Welt kennt England aus eigener Erfahrung den Zwiespalt der Interessen, mit dem die Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer Agrarpolitik fertig werden muß. Er läßt sich nach englischer Erfahrung um so leichter meistern, je leistungsfähiger die heimische Landwirtschaft ist. Deshalb ist England für niedrige Preise und Zölle, die die notwendigen Reformen innerhalb der Landwirtschaft fördern (aber auch für Schutz gegen Dumping), und für Maßnahmen, die den Landwirten in den weniger leistungsfähigen Ländern die notwendigen Korrekturen erleichtern.

Nichts wäre verhängnisvoller, als diese wünschenswerten Anpassungen aus politischen oder fiskalischen Erwägungen auf die lange Bank zu schieben. Die Fragen der Agrarpolitik sind aber aus englischer Sicht auch so vielfältig mit dem Commonwealth-Problem verflochten, daß sie keinesfalls vor diesem oder getrennt von ihm geregelt werden können. Hier ist ein Grund mehr, warum die britische Regierung zögert, eine endgültige Stellung zu beziehen. (A.)

Von einem Korrespondenten:

## **Produktivität und Versorgung auf den Agrarmärkten der EWG**

Zur Jahreswende ist die seit langem schwelende Auseinandersetzung um die Agrarpolitik in der EWG in ihr entscheidendes Stadium getreten: Der positive Ausgang der agrarpolitischen Verhandlungen war für die EWG selbst schicksalhaft. Denn, gerade im Schatten der Verhandlungen mit England hätte man sich schwerlich den Luxus leisten können, durch Vertagung des Übergangstermins gewissermaßen einen teilweisen Rückschlag zuzugeben.

Das war die politische Problematik nach außen hin. Innerhalb der Gemeinschaft selbst geht es ebenfalls um eine politische Grundsatzentscheidung: allerdings nicht so sehr um den Gegensatz Verbraucher kontra Grüne Front, sondern lediglich um einen Übergang vom nationalen Protektionssystem zu einem solchen der Gemeinschaft, das allerdings durch Verbraucherrücksichten in seiner Methodik wie in seinen langfristigen Zielsetzungen — Hebung der Produktivität, Sicherung langfristig gleichmäßiger Versorgung — bestimmt wird.

Um welche konkreten Fragen geht es nun im einzelnen? Für den Außenstehenden, ja für den Insider selbst löst sich das Gewirr der Diskussionen um die verschiedenartigsten Artikel allmählich in ein unüberschaubar werdendes Labyrinth auf. Vielleicht kann man unter Anknüpfung an das Produktivitätsproblem und die Versorgungsfrage am ehesten den Schlüssel zum Gesamtproblem finden.

#### **Umwälzungen auf dem Agrarsektor**

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich in mancher Hinsicht eine Revolution im Agrarsektor vollzogen. Die Hektarerträge sind z. B. bei Kartoffeln und Gerste um rund 30 %, bei Weizen gar um 40 % gestiegen. Neben der verstärkten Verwendung von Düngemitteln war es vor allem die überdimensionale Steigerung des Maschineneinsatzes, die diese Revolution bewirkte: gegenüber 107 000 Traktoren vor dem Kriege sind heute rund 1,7 Mill. vorhanden. Dafür ging allerdings die Zahl der Zugtiere um ein Viertel zurück; anderer-

seits bot sich gerade damit die Möglichkeit zur Erhöhung der übrigen Viehbestände, die im Durchschnitt ungefähr um ein Fünftel zunahm. Und Hand in Hand mit der quantitativen ging die qualitative Verbesserung: In den Beneluxländern mit ihrem schon hohen Standard nahm die Milcherzeugung pro Kuh um rund ein Sechstel, in Frankreich um fast ein Viertel und in Italien und Deutschland um ein Drittel und mehr zu.<sup>1)</sup> Um ein Viertel stieg die Zahl der Eier pro Huhn in Deutschland, um ein Drittel in den Niederlanden und um fast die Hälfte in Belgien.

Auch der Verbrauch hat erheblich zugenommen: Dafür sorgte schon die Bevölkerungsvermehrung um 20 % gegenüber der Vorkriegszeit. Aber gleichzeitig ergaben sich Verbrauchsverlagerungen vor allem zugunsten „einkommenselastischer“ Lebensmittel: Zucker, Butter, andere Milchprodukte, Obst, Gemüse, Fleisch. Dennoch wuchs die Produktion rascher als der Verbrauch bei Zucker und Schweinefleisch. Und bei anderen Lebensmitteln, die an relativer Bedeutung zurückgingen, wie Kartoffeln und Getreide, wurde die Überproduktion noch spürbarer. Bei Eiern und Rindfleisch dagegen mußte in stärkerem Maße auf den Weltmarkt zurückgegriffen werden.

Ein gewisser Druck auf landwirtschaftliche Einkommen, vor allem in Westeuropa, wurde unter politischen Aspekten von „Grünen Plänen“ aller Spielarten aufgefangen. Immerhin hat die Zahl der Arbeitskräfte auf dem Lande in der Gemeinschaft gegenüber 1938 um ein Fünftel abgenommen; allein zwischen 1950 und 1958 wanderten 3,5 von 18 Mill. Beschäftigten aus der Landwirtschaft ab, davon allein 1,5 Mill. in Italien und 1,1 Mill. in der Bundesrepublik. Mechanisierung und Produktivitätssteigerung, aber auch ungünstigere „Terms of Trade“ gegenüber der Industrie waren dafür entscheidend.

#### **Getreidewirtschaft**

Konkret sehen diese „Terms of Trade“ so aus: Im EWG-Durchschnitt mußte man 1958/59 für 1 Liter Benzin 1,7 kg Weizen, in Frankreich sogar 2,3 kg Weizen aufwenden. Für eine Arbeiterstunde mußte man im EWG-Durchschnitt 4,5 kg Weizen, in den Niederlanden sogar 6,1 kg Weizen, in Italien 2,8 kg Weizen und in der Bundesrepublik 3,9 kg Weizen aufwenden. Das heißt: In Deutschland ist Weizen relativ mehr wert als im EWG-Durchschnitt. In Italien ist der Weizenpreis hoch, die Arbeitskraft aber billig, darum bekommt man schon für 2,8 kg Weizen eine Arbeiterstunde. In den Niederlanden ist Weizen nicht viel wert, aber die Arbeitskraft teurer als in Italien, darum muß man schon 6 kg Weizen für eine Arbeiterstunde bezahlen.

Nichts ist bezeichnender für die Widersprüchlichkeit der agrarpolitischen Tendenzen: die Niederlande, die 70 % ihres Weizenbedarfs durch Einfuhr decken müssen, haben ebenso wie das Exportland Frankreich

einen niedrigen Preis — das (zeitweilige) Exportland Italien dagegen hält mit dem Importeur Bundesrepublik den Preis hoch. Per Saldo könnten allerdings die beiden Exporteure nur höchstens etwa den Beneluxmarkt (1,3—1,4 Mill. t) versorgen; die weiteren 2 Mill. t Fehlbestand muß der Weltmarkt liefern, dessen Preise nur wenig über dem französischen Niveau liegen.

Das gilt auch ungefähr für den Weltmarktpreis bei Hafer und Gerste. Dem nur zeitweiligen Exportüberschuß Frankreichs steht hier allerdings ein gesamter EWG-Import von rund 6 Mill. t an Futtergetreide gegenüber. Vor allem die Benelux-Veredelungswirtschaft ist zu rund 60 % ihres Futtergetreidebedarfs von der Einfuhr abhängig. Wollte man nun den Preis für Futtergetreide anheben, so ist zu bedenken, daß dieser (mittlerer EWG-Preis = 100) z. B. bei Hafer eine Spanne zwischen 84 (Frankreich) und 121 (Deutschland) aufweist, bei Gerste sogar zwischen 77 und 135. Die Beneluxländer könnten sich kaum beklagen, wenn man beim mittleren Preis auf ihr immerhin leicht protektionistisches Preisniveau ginge. Für den deutschen Bauern wäre das natürlich viel zu wenig, für den Franzosen sehr erfreulich — vielleicht ist also der niederländische Vorstoß in Richtung auf eine frühe Regelung der Getreidepreisfrage als Bündnisgeste gegenüber Frankreich zu werten, dessen Getreideerzeugung zuungunsten der deutschen stimuliert würde. Der Vorschlag eines Getreideamtes mit gemeinsamer Abschöpfung und Mindestpreisgestaltung transponiert das, was in den sechs Ländern besteht, auf die europäische Ebene.

#### **Differenzierter Fleischmarkt**

Vielleicht könnte auch bei Rindfleisch, wo der französische Preis ebenfalls am niedrigsten liegt — 12 Punkte unter dem „EWG-Durchschnitt“, der hier etwa dem deutschen Preis entspricht, während Italien um 14 % darüber liegt —, eine Preissteigerung Frankreich zum Exportland machen. Bisher wird zwischen den EWG-Ländern selbst wenig ausgetauscht; die Viertelmillion Tonnen Import kommen aus Dänemark und Übersee. Logischerweise hat die EWG-Kommission hier die freie Preisgestaltung befürwortet, die sie allerdings durch einen „Stabilisierungsfonds“ beeinflussen will.

Ganz anders liegen die Dinge bei Schweinefleisch: Hier geht immerhin ein Drittel der niederländischen Erzeugung in den Export; hinzu kamen 1958/59 30 000 t Frankreichs. Stets wird der Bedarf der Einfuhrländer Deutschland (100 000 t) und Italien (24 000 t) überdeckt. Wenn Futtergetreide teurer wird, so dürfte allerdings der niederländische Schweinefleischpreis, der heute um 5 % unter dem französischen liegt, steigen. Ob die Preisanhebung auf den Mittelsatz (Deutschland und Italien liegen um 10—15 % darüber) ausreichen würde, um dann auch hier eine genügende Stimulierung der französischen Erzeugung zu bewirken, muß fraglich sein. Ein Importbedarf wird also bleiben. Die Kommission befürwortet auch hier die Preisstabilisierung, will allerdings offenbar stärkere Eingriffsmöglichkeiten seitens des „Europäischen Fleisch- und

<sup>1)</sup> Hier wie in den nachfolgenden Produktions- und Handelsziffern wird das Stichjahr 1958/59 verwendet. Die in den folgenden Export- und Importziffern angegebenen Schwankungsbreiten beziehen sich auf Schwankungen innerhalb der letzten 8 Jahre.

Eier-Amtes“ haben. Das soll auch für Geflügel gelten, wengleich der deutsche und italienische Importbedarf (ca. 60 000—70 000 t) hier bisher kaum zu 60 %, hauptsächlich von den Niederlanden, gedeckt wird.

Das gleiche Amt soll also auch für die Stabilisierung des Eiermarktes tätig werden. Hier reicht der niederländisch-belgische Überschuß von bis zu 190 000 t nicht ganz zur Deckung des halben Einfuhrbedarfs der anderen Länder aus, von denen die Bundesrepublik allein bis zu 290 000 t einführt. Rund 200 000 t müssen weiterhin vom Weltmarkt kommen, zumal die Anhebung der Getreidepreise kaum die Erzeugung sehr anregen wird. Wieweit man dabei mit einer Abschirmung gegenüber dem Weltmarkt und Mindestimportpreisen (Abschöpfung usw.) Erfolg haben kann, mag bei diesen Größenordnungen fraglich sein.

### **Zucker, Obst, Gemüse, Wein**

Recht schwer dürfte sich auch ein Europäisches Zuckeramt tun. Erstens hat es mit außerordentlichen Preisdivergenzen bei Zuckerrüben zu rechnen: Zwischen dem französischen (82) und dem deutschen (122) Preis klafft eine noch größere Spanne als bei Weizen, während der niederländische Preis ungefähr das europäische Mittel darstellt. Die unterschiedliche Steuerpolitik führt dann zu der Anomalie, daß bei Zucker der italienische Verbraucherpreis um mehr als die Hälfte über dem französischen liegt, obwohl die Rübenpreise in beiden Ländern fast gleich sind. Die Bundesrepublik und Belgien liegen im Verbraucherpreis fast um ein Fünftel über den Niederlanden, die mit 1,05 DM pro kg nur 3 Pfg unter Frankreich blieben. Allerdings mag ein europäischer Preisausgleich eventuell deswegen eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben, weil alle Länder potentielle Überschüsse aufzuweisen haben. Inwieweit dieser Ausgleich allerdings nach oben hin erfolgen kann, dürfte davon abhängen, ob die EWG ihre eventuellen Überschüsse selber absetzen kann. Zudem redet das Internationale Zuckerabkommen, das mindestens noch bis Ende 1963 gültig ist, in die EWG-Politik hinein.

Bei Gemüse hat die Erzeugung nach dem Kriege in allen Ländern — außer in Belgien/Luxemburg — rascher zugenommen als der Verbrauch, der in Deutschland und Frankreich das Vorkriegsniveau knapp erreicht. Die EWG hat hier Überschüsse durch die Niederlande und Italien. Marktorganisation und Stabilisierung werden von der Kommission als wünschenswert, aber sehr schwierig bezeichnet.

Bei Obst und Früchten will man sich mit allgemeinen Wettbewerbsregeln begnügen. Theoretisch ist die EWG hier Selbstversorger. 600 000—900 000 t Italiens und 50 000—100 000 t der Niederlande stehen an Einfuhrbedarf 350 000—500 000 t Deutschlands und 300 000—400 000 t Frankreichs gegenüber. Wohl ist dieser Markt besonders dynamisch, wie der phänomenale Nachkriegsanstieg im Verbrauch zeigt. Andererseits ist die nordafrikanische Situation nicht geklärt. Immerhin dürfte Italien Vorteile gegenüber Ländern wie Spanien davontragen.

Erheblich größere Probleme wirft der Weinmarkt auf: Hier hat von zwei großen Erzeugerländern — Frankreich und Italien — das erstere trotz seiner Exporte noch einen Einfuhrüberschuß, der rund einem Viertel seines Verbrauchs entspricht. 1955/56 haben diese beiden Länder sogar mehr als die Hälfte des Weltmarktbedarfs gedeckt. Heute ist die Situation nicht mehr so günstig, und angesichts endemischer Überproduktion ist das Streben nach ungehindertem Zugang zu den Märkten der Partner verständlich. Allerdings bedarf es zur Weckung potentiellen Bedarfs erst einmal einer Werbung, nicht zuletzt durch ständige Qualitätsverbesserung: Bisher steht ein Verbrauch von 130 l pro Kopf und Jahr in Frankreich, 105 l in Italien, 91 in Deutschland, 61 in Belgien und gar nur 1,6 l in den Niederlanden gegenüber. Die von der Kommission angestrebte Preisstabilisierung zielt vor allem auf saisonalen Ausgleich. Auf lange Sicht wird ein echter „Gemeinsamer Markt“ wohl nur bei Beeinflussung der Verbrauchsgewohnheiten reale Gestalt annehmen können. Die französische Politik einer Verhinderung bzw. Abschöpfung (durch Destillierung) von Überschüssen wird praktisch generalisiert.

### **Sonderfall Milchwirtschaft**

Im Zeichen der „Thünenschen Kreise“ ist die Frischmilcherzeugung auf lokale Märkte begrenzt. Der Verbrauch ist in vier Ländern mit 100—110 kg pro Kopf relativ einheitlich: Italien liegt mit 60 kg weit darunter, die Niederlande mit dreimal soviel (180 kg) weit darüber. Daneben ist der Kondens- und Trockenmilchverbrauch im Anstieg begriffen: die Niederlande exportieren allerdings von beiden 350 000 t, drei Viertel ihrer Erzeugung, wovon sie in der EWG kaum 50 000 t absetzen. Die Milchpreise ab Hof zeigen keine allzu großen Spannen: Nimmt man den niederländisch-italienischen Preis als Mittel, so liegen die Bundesrepublik und Belgien jeweils 4 % darüber bzw. darunter, und nur Frankreich bleibt wieder um ein Zehntel zurück. Um so größere Spannen zeigt dagegen der Butterpreis: Sieht man einmal von den Subventionen ab, so liegt der luxemburgische Preis um 40 %, der italienische um 14 % über dem niederländischen (als niedrigstem Preis = 100), und sogar der französische und der belgische Preis sind jeweils um 7 % bzw. 10 % höher. Man will offenbar in diesen letzteren Ländern die Verarbeitung der Milch fördern. Dynamisch gesehen ist allerdings folgendes zu beachten: Während die Milch- und Butterpreise in vier Ländern seit 1954 ziemlich konstant blieben, sind sie in Deutschland um mehr als ein Zehntel gestiegen (Subvention eingerechnet zwischen 1953 und 1957 bei Milch um fast 30 %), während in Frankreich der Preis gegen 1956 um rund 12 % sank.

Wahlergebnisse auf dem flachen Lande in der Bundesrepublik und Bauernkrawalle in Frankreich lassen sich an diesem Barometer vielleicht ablesen. Zwischen beiden könnte mit dem von der Kommission vorgeschlagenen „Milchamt“ und dem Stabilisierungsfonds im Rahmen des Europäischen Garantiefonds

### Unsere Leser

können für den Jahrgang 41 — Januar bis  
Dezember 1961 — unserer Monatsschrift  
„WIRTSCHAFTSDIENST“

## EINBANDDECKEN

### in Ganzleinen

mit eingepägtem Verlagssignet und Rücken-  
beschriftung zum Preise von je DM 5,—  
beziehen.

Das Jahresregister für 1961 wird unserer  
Februar-1962-Ausgabe beigelegt



**VERLAG WELTARCHIV GMBH**

Hamburg 36 · Poststraße 11

wohl doch ein gesünderer Mittelweg gefunden werden. Potentiell klaffen zwischen dem Pro-Kopf-Verbrauch von 10,6 kg in Belgien, den 7,4 bzw. 7,8 kg in Frankreich bzw. der Bundesrepublik und den 1,8 kg in Italien noch erhebliche Lücken. Allerdings darf man nicht vergessen, daß ausgerechnet die Holländer selbst, die 40% ihrer Erzeugung exportieren, mit 5,4 kg einen sehr niedrigen Eigenverbrauch haben. Allerdings kommen sie unter den klassischen Käseverbrauchsändern nach Frankreich (9,6 kg) gleich an zweiter Stelle (7,6 kg). Hier liegen die Bundes-

republik und Italien (6,7 bzw. 6,5 kg) schon heute hoch, und wohl nur Belgien bietet größere Erweiterungschancen (5,3 kg). Alles in allem hat die EWG zwar noch einen Exportüberschuß bei Butter; der könnte aber bei Preisermäßigung im europäischen Rahmen leicht durch Verbrauchssteigerung im Binnenmarkt untergebracht werden. Immerhin liegt der Großhandelspreis in den Niederlanden um mehr als ein Viertel unter dem deutschen, um ein Drittel unter dem belgisch-französischen Preis.

### *Agrarpolitische Alternativen für die EWG*

Man könnte versucht sein, die Agrarpolitik der EWG in das Sonderfach der Sozialpolitik zu verweisen: Offensichtlich will man schwere Erschütterungen der Sozialstruktur durch prinzipielle Beibehaltung einer — gewiß gemäßigten — Abdämmung vom Weltmarkt vermeiden.

Man kann sich damit nur abfinden, wenn nicht ein ausgesprochener Naturschutzpark zuungunsten des Verbrauchers unter Ignorierung echter Kostenvorsprünge der Außenwelt dabei herauskommt. Die Kardinalfrage ist hier, ob man nicht im Sinne Thürens wenigstens die Getreideerzeugung etwas drosseln und damit die Veredelungswirtschaft (bei niedrigen Importpreisen für Futtermittel) in allen Ländern stimulieren will. Strategische Überlegungen mögen hier mitspielen.

Man kann es den anderen Ländern kaum verübeln, wenn sie nicht einsehen wollen, daß der Freihandelsgedanke etwa nur für Industrie und Dienstleistungen (hier ohnehin auch nur eingeschränkt) vorbehalten bleiben soll und daß der französische Bauer zwar billigere deutsche Erntemaschinen kaufen, dafür aber dem deutschen Industriearbeiter sein Kotelett nicht frei anbieten soll. Es wäre erfreulich, wenn der Widerstand prinzipieller Art sich mildert. Leider haben mittlerweile die anderen ihre Prinzipien auch ein wenig zu Tode geritten: Es war wohl doch zuviel verlangt, wenn man alles genau in Verordnungen geregelt sehen wollte, ehe man sein Placet für die „zweite Etappe“ gab.